

Peter Hintze zum SPD-Wahlprogramm:

Unpräzise, unsolide und unseriös!

Zu dem am 3. Mai verabschiedeten Wahlprogramm der SPD erklärte Generalsekretär Peter Hintze: Rudolf Scharping präsentiert damit einen Bauchladen voller Beliebigkeiten. Trotz aller Schönheitsreparaturen und Schminkversuche bleibt das Programm unpräzise, unsolide und unseriös.

Wer wie Scharping milliardenschwere Ausgabenprogramme fordert, muß den Bürgern auch auf Heller und Pfennig sagen, woher das Geld dafür kommen soll. Allein durch die beabsichtigte Streichung des Solidaritätszuschlages fehlen in Rudolf Scharpings Rechnung 28 Milliarden Mark; die unsolidarische SPD-Ergänzungsabgabe bringt insgesamt 6 Milliarden Mark weniger.

Rudolf Scharping redet von „Umschichtung“, er sagt aber nicht, wem er die zusätzlichen Milliardenbeträge wegnehmen will. Will er die deutschen Unternehmen zusätzlich belasten und damit den begonnenen Aufschwung abwürgen?

Will er die Mineralölsteuer wirklich soweit hochtreiben, daß sich nur die vermeintlich „Besserverdienenden“ noch das Autofahren leisten können?

Will er die Abgabenlast für Handwerker und Selbständige erhöhen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Mittelstand gefährden?

Eines ist offenkundig: Rudolf Scharpings Luftschlösser auf Pump sind Gift für den Aufschwung.

HEUTE AKTUELL

- **Wahlkampf**
Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck: „Immer mehr Menschen spüren: Wir sind auf dem richtigen Weg.“ Seite 2
- **Hannover-Messe**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Daß dieser Frühling zaghaft kommt, ist wahr, aber er kommt. Seite 4
- **Konjunktur**
Unser Erfolg: Mit der Wirtschaft geht es wieder bergauf. Seite 6
- **Sozialdemokraten**
Probleme mit der Wirklichkeit: SPD im Tief. Seite 10-11
- **Wiedervereinigung**
Heinz Vielain in der „Welt am Sonntag“: Kohl-Junktim beschleunigte Öffnung der Mauer. Seite 12
- **Mittelstand**
1. Erfinderkongreß der Mittelstandsvereinigung: Die Ressourcen liegen in unseren Köpfen. Seite 22

UID-extra

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck:

Immer mehr Menschen spüren: Wir sind auf dem richtigen Weg

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde

Vier Wochen bleiben noch bis zur Europawahl und den Kommunalwahlen in insgesamt sieben Bundesländern. Für die CDU sind Europa- und Kommunalwahlen gleichermaßen wichtig.

Bei der Europawahl geht es darum, mit der CDU für ein starkes Deutschland in einem vereinten Europa einzutreten. Gerade für Deutschland ist Europa eine Schicksalsfrage. Wir Deutschen in der Mitte Europas brauchen die europäische Einigung mehr als alle anderen Länder: für unsere Exportwirtschaft ebenso wie für unsere Sicherheit.

Ein Drittel unserer Arbeitsplätze hängt vom Export ab, über die Hälfte davon vom Export in die Europäische Union.

Beim Asylrecht und bei der Kriminalitätsbekämpfung brauchen wir grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dabei ist es nicht genug, Europa zu wollen. Man muß sich auch durchsetzen können, damit für unser Land etwas erreicht wird. Dafür steht die CDU seit Anfang an.

Die Kommunalpolitik ist die Grundlage, auf der unsere politische Arbeit — ob im Land, im Bund oder in Europa — ruht. Vor Ort erleben die Bürger Kommunalpolitiker und die Union ganz unmittelbar. Und nur vor Ort, in den Städten und Gemeinden, läßt sich konkret erfassen, was bei allen Meinungsumfragen bloß als abstrakte Zahl auftaucht — nämlich die Stimmung der Menschen.

Von Woche zu Woche mehren sich die Anzeichen dafür, daß wir in Deutschland

vor einer politischen Stimmungswende zum Positiven für die Union stehen. Dafür sprechen sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Daten und Fakten.

Alle Konjunkturberichte melden: Es geht wieder aufwärts. Viele Industriezweige vermelden verstärkte Auftrageingänge, es gibt Zuwachsraten in der Produktion und bei der Auslastung der Kapazitäten. In der Wirtschaft verbreitet sich neue Zuversicht.

Auch durch politische Entscheidungen der Bundesregierung — vor allem mit dem Durchbruch bei der Pflegeversicherung und dem Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung — ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer Politik gestärkt worden.

Diese positive Stimmung spiegelt sich in den aktuellen Meinungsumfragen zugunsten der Union wider. Helmut Kohl und die CDU legen sowohl bei der Kanzlerfrage als auch beim Kompetenzprofil wieder deutlich zu. Bei der Sonntagsfrage verstärkt sich von Woche zu Woche ein klarer Trend nach oben.

Immer mehr Menschen spüren, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Jetzt kommt es entscheidend auf die Funktions- und Mandatsträger, aber auch auf den Einsatz eines jeden Mitglieds an, damit wir diese Aufbruchstimmung in die Bevölkerung hineintragen können. Viele Menschen, die von ihrer Grundhaltung der CDU nahe stehen, warten nur darauf, daß wir sie in diesem Sinne ansprechen.

Damit uns dies auf breiter Ebene gelingt, müssen wir in den kommenden Wahlkampf-Wochen die Mitglieder und Freunde unserer Partei mobilisieren. Weder die Kommunalwahlen noch die Europawahl sind „Nebenwahlen“, wie oft verbreitet wird. Vielmehr geht es in beiden Fällen um die Durchsetzung wichtiger regionaler und nationaler Interessen. Dies müssen wir verstärkt klar machen.

In den neuen wie in den alten Bundesländern hängt die Mobilisierung entschei-



Hans-J. Reck: Von Woche zu Woche mehrten sich die Anzeichen dafür, daß wir in Deutschland vor einer politischen Stimmungswende zum Positiven für die Union stehen. Dafür sprechen sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Daten und Fakten.

end von der direkten Ansprache der Wähler ab. Die Erfahrung zeigt, daß unsere Argumente weniger durch bedrucktes Papier, sondern am besten durch das persönliche Gespräch mit dem Bürger übermittelt werden. Um es ganz klar zu sagen: Noch nie war der direkte Einsatz der Kandidaten vor Ort so wichtig wie in diesem Jahr. „CDU im Gespräch“ lautet daher unser Leitmotiv für diesen Wahlkampf.

Unter diesem Motto steht auch die Sonderkampagne, die wir speziell in den neuen Bundesländern vorbereitet haben. Mit einem Fragebogen zu kommunalen und Europa-Themen können wichtige Informationen transportiert, aber auch Rückmeldungen gewonnen werden. Dazu werden Flugblätter angeboten, die für jeden Kreis jene Projekte aufführen, die

mit Mitteln aus der Europäischen Union gefördert werden.

Unter dem Stichwort „Mobilisierung“ sind eine Reihe weiterer Maßnahmen vorgesehen, darunter eine Telefonanrufaktion, bei der wir bundesweit mindestens 150.000 Mitglieder erreichen wollen, eine gezielte Briefaktion sowie eine Briefwahlkampagne insbesondere für unsere älteren Mitglieder und Freunde.

Zu jedem Wahlkampf gehört der Streit um die besseren Argumente. In den alten wie in den neuen Bundesländern sind die Menschen nicht mit Parolen, sondern am stärksten mit Fakten und Argumenten zu gewinnen. Was die CDU mit Helmut Kohl in den vergangenen Jahren bei der Gestaltung der europäischen Einigung erreicht hat, kann sich sehen lassen. 34 Mrd. DM erhalten wir bis 1999 für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern aus dem Fonds der EU, mehr als sechs Millionen Arbeitnehmer des Exportmeisters Deutschland profitieren vom europäischen Binnenmarkt, und dank Helmut Kohls Ansehen und Verhandlungsgeschick haben sich unsere europäischen Partner für Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank entschieden.

Die Union ist und bleibt die deutsche Europapartei. Je mehr die SPD versucht, Unterschiede zu vertuschen und sich in die Mitte zu mogeln, desto klarer müssen wir diese Unterschiede im Wahlkampf beim Gespräch mit den Bürgern vor Ort herausarbeiten. Wir werden im Konrad-Adenauer-Haus tun, was in unserer Macht steht, um die Wahlkämpfer vor Ort dabei bestmöglich zu unterstützen. Mit der großen Auftaktveranstaltung am 7. Mai in Aachen hat die „heiße Phase“ des Europa-Wahlkampfs begonnen. Ich bin überzeugt: Wenn wir unsere Möglichkeiten nutzen und uns mit ganzer Kraft einsetzen, dann werden wir es packen! ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Daß dieser Frühling zaghaft kommt, ist wahr, aber er kommt

Als ich hier zur Halle herüberlief, war auch vor Ort deutlich spürbar, daß der Frühling ausgebrochen ist. Selbst diejenigen, die uns abends mit verdrießlichem Gesicht über die Bildschirme die Tatsachen nicht immer freundlich schildern, können es nicht mehr verschweigen: Es fängt an zu blühen.

Daß dieser Frühling noch zaghaft kommt, ist wahr — da gibt es immer wieder Weterumschwünge —, aber er kommt. Die Erwartungen sind ja auch berechtigt: Die Konjunkturdaten zeigen, daß es wieder aufwärts geht. Die Weltkonjunktur zeigt seit Ende des vergangenen Jahres deutliche Anzeichen der Erholung. Der Welthandel hat eine raschere Gangart eingelegt.

Unsere Exportchancen verbessern sich, und das ist für uns existenziell. Kaum ein anderes Land ist mehr in die Weltwirtschaft verflochten als Deutschland. Gut ein Fünftel des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts wird im Außenhandel erwirtschaftet, mehr als 10 Prozent des gesamten Welthandels entfallen auf deutsche Güter.

Für das Inlandsgeschäft stellten die Institute in diesen Tagen die Wende zum Besseren fest. Die Produktion der westdeutschen Industrie übertrifft mittlerweile wieder den Stand des Vorjahres. Herr Stihl hat erwähnt, daß wir in Ostdeutschland eine zweistellige Produktionszuwachsrate verzeichnen.

In den neuen Ländern befindet sich die Wirtschaft im dritten Jahr auf Wachstumskurs. Die privaten und öffentlichen Investitionen werden in diesem Jahr voraussicht-

lich auf gut 160 Mrd. DM wachsen. Das sind noch einmal 20 Mrd. DM mehr als im letzten Jahr. Damit werden 1994 Mittel in einer Größenordnung von mehr als der Hälfte des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts in neue Infrastrukturen, in neue Fabriken, in Wohnungen und Maschinen investiert.

Dies ist ein höherer Investitionsanteil, als es ihn je in der alten Bundesrepublik gegeben hat. Darauf gründet sich die berechtigte Erwartung auf den Stopp und den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Jede Mark, die

Auszüge aus der Rede des Bundeskanzlers anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe am 18. April

wir jetzt auch mit Unterstützung von ausländischen Investoren — für die ich dankbar bin — in den neuen Ländern investieren, ist eine Abschlagszahlung in eine gute Zukunft aller Deutschen.

Die Regelung der Altschulden im Wohnungsbau — der Bund trägt hierbei die Hauptlast — hat einen gewaltigen Investitionsschub ausgelöst. Wir erleben, praktisch vom Punkt Null ansteigend, eine unglaubliche Steigerung der Baugenehmigungen. In diesem Jahr werden wir die Zahl von rund hunderttausend erreichen. Das ist mehr als viermal so viel wie vor dreieinhalb Jahren. Sie müssen sich weit in der Welt umschaun, bis Sie in einem Gebiet mit rund 17 Millionen Einwohnern eine solche Bauleistung entdecken.

Im übrigen finde ich, daß man auch einmal rühmend erwähnen sollte, was staatliche Organisationen, wie die ehemals noch staatliche Bundespost, geleistet haben: In den 40 Jahren des Bestehens der DDR gab es bis zum Tag der deutschen Einheit 1,8 Millionen Telefonanschlüsse. Drei Jahre danach waren es bereits über 4 Millionen. Im Verkehrswesen sind inzwischen mehr als ein Drittel der Autobahnstrecken und über die Hälfte der Bundesstraßen in den neuen Ländern instand gesetzt und ausgebaut worden. Es sind hervorragende Ergebnisse, die langsam greifen und die all jene widerlegen, die panikmachend auch durch die neuen Länder ziehen, um billige politische Geschäfte zu machen.

Gerade die Hannover-Messe bietet eine gute Gelegenheit, sich auch von der Leistungskraft der Unternehmen aus den neuen Ländern zu überzeugen. Ich will die Gelegenheit dieses Forums dazu nutzen, erstens denen zu danken, die aus dem Ausland diesseits und jenseits des Atlantiks und auch aus dem Fernen Osten hierher kamen und bei uns investieren. Zweitens will ich die, die noch nachdenklich sind, auffordern, darüber nachzudenken, daß der Standort neue Länder im wiedervereinigten Deutschland und im geeinten

Helmut Kohl ist glücklich

Zu jüngsten Prognosen für die Bundestagswahl schreibt der Quotidien de Paris:

Helmut Kohl ist glücklich. Die CDU holt in den Umfragen auf und überflügelt sogar die SPD. Ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen scheint dies alle zu überraschen, aber nicht den Kanzler, der — schlauer denn je — schon seit langem diesen Umschwung angekündigt hatte. Als geschickter Taktiker hatte Kohl darauf gesetzt, daß die Spaltung

Säen und ernten

Als einer, der dem Bäuerlichen zugewandt ist, sage ich Ihnen, im Frühling wird gesät, und im Oktober wird geerntet.

Bundeskanzler Helmut Kohl am 3. Mai bei seinem Besuch in Rom

Europa der beste Standort ist, den sie überhaupt finden können.

Es wird modernste Infrastruktur eingerichtet, es werden neue Industriebetriebe entstehen, und es entsteht das — ich bin ja viel dafür verspottet worden, und ich bin dankbar, daß jetzt der Spott verstummt —, was ich „blühende Landschaften“ im wiedervereinigten Deutschland genannt habe. Es ist wahr, daß ich mich im Zeitmaß von vier, fünf Jahren — vier haben wir jetzt gerade — geirrt habe. Ich habe nicht vorhergesehen, daß uns der Markt der Sowjetunion mit der Sowjetunion wegricht. Aber ich trage das mit Gelassenheit, denn in der Hauptsache habe ich mich nicht getäuscht. Während andere die Idee der deutschen Einheit aufgegeben und verraten haben, habe ich daran geglaubt — und ich habe recht behalten.

der Opposition seine eigene Position stärken würde. Man muß sagen, daß er in dieser Hinsicht über alle Erwartungen hinaus bedient wurde. Die SPD-Führung verhält sich wie auf dem Pausenhof einer Kleinkinderschule, auf dem die Anführer der gegnerischen Banden wild aufeinander einschlagen. Gleichzeitig hatte Kohl sich darauf verlassen, daß vor den Wahlen der Wiederaufschwung einsetzt und die enormen Anstrengungen um den Aufbau Ostdeutschlands für den Wähler greifbar sind. Genau das ist eingetreten.

Unser Erfolg:

Mit der Wirtschaft geht es wieder bergauf!

Die konjunkturelle Talsohle ist durchschritten. Die Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung sind deutlich sichtbar. In den neuen Bundesländern geht es mit einem beachtlichen Tempo weiter voran. Auch mit der Weltwirtschaft geht es wieder bergauf: In den USA hat der Boom nachhaltig eingesetzt. Die Aufträge aus dem Ausland steigen. Die deutsche Industrie wird ihre Produktion steigern, Preise und die Zinsen sinken. So berichteten die Medien im einzelnen:

● Konjunkturbericht der Süddeutschen Zeitung: Es geht aufwärts

Die Zitterpartie ist zu Ende, die tiefste Rezession der Nachkriegszeit vorüber. Was sich seit Herbst 1993 abgezeichnet hat, das hat in den vergangenen Wochen zunehmend an Konturen gewonnen, nämlich eine allmähliche Besserung des konjunkturellen Klimas im Westen Deutschlands bei einer ebenfalls leicht beschleunigten Aufwärtstendenz in den neuen Bundesländern. Hoffnungsvoll stimmen die sich häufenden Meldungen aus der Industrie über zum Teil beachtliche Auftragszuwächse. Vor allem aus den von der Rezession besonders gebeutelten Branchen wie der Automobilindustrie und dem Maschinenbau kommen optimistische Nachrichten über den Ordereingang, der die Basis für die Produktion in den nächsten Monaten bietet. In der Umsatzentwicklung schon niedergeschlagen hat sich die Tendenz beispielsweise beim größten deutschen Konzern, der Daimler

Benz AG. Audi berichtete über ein Auftragsingang von plus 25 Prozent aus den europäischen Abnehmerländern, Mannesmann-Demag und Babcock sprachen in ihren Jahresberichten von zunehmender Beschäftigung.

Unverkennbar ist, daß sich die konjunkturelle Besserung auf die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland stützt. Schon im letzten Vierteljahr 1993 wuchs der Auftragseingang aus dem Ausland im Westen gegenüber der gleichen Vorjahreszahl real um 8,7 Prozent. Die Konjunktur in den USA ist kräftig angesprungen, und auch die Länder Westeuropas lösen sich langsam von der Talsohle. Die Stimulanz durch das Ausland hat sich bereits in der Außenhandelsstatistik des vergangenen Jahres niedergeschlagen, als mit 59,4 Milliarden DM ein fast doppelt so hoher Exportabschluß zu registrieren war als ein Jahr zuvor.

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

Die Rahmenbedingungen für den Rest dieses Jahres sind in den kommenden Monaten nicht schlecht. Voraussichtlich sinkende Inflationsraten und Zinsen, dazu die moderaten Lohnabschlüsse in den Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, die durch Reorganisation der

Unternehmen sowie bei steigender Produktion kräftig sinkenden Stückkosten — dies sind gute Voraussetzungen dafür, in absehbarer Zeit wieder auf einen zufriedenstellenden Wachstumspfad zu gelangen. (Süddeutsche Zeitung, 16. April 1994)

● **Handelsblatt-Frühindikator: Die Vorboten des konjunkturellen Frühlings sind kaum zu übersehen**

Der Handelsblatt-Frühindikator hat sich im April weiter erholt und den höchsten Stand seit 20 Monaten erreicht. Insgesamt sind die Vorboten eines neuen konjunkturellen Frühlings kaum noch zu übersehen. Erstmals seit vier Monaten haben sich auch die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Inland wieder belebt. Die Auslandsnachfrage zieht weiter an. Das Bauhauptgewerbe erfreut sich weiterhin voller Auftragsbücher. Zuversichtlich stimmt die weitere Verbesserung des Ifo-Geschäftsklima-Indexes. Weiter aufgehellert hat sich zum einen die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage. Besonders bedeutsam ist, daß die Geschäftserwartungen für die kommenden 6 Monate inzwischen wieder mehrheitlich positiv beurteilt werden. Vor allem die Exportaussichten stimmen zuversichtlich. (Handelsblatt, 5. April 1994)

● **Ifo-Konjunkturtest: Westdeutsche Industrie setzt auf Export und will die Produktion leicht steigern**

In der westdeutschen Industrie hat sich nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtestes im ost- und westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe für Februar die aktuelle Geschäftslage weiter verbessert. Die Firmen erwarten außerdem für die nächsten 6 Monate eine positive Entwick-

lung, wobei sie zunehmend auf ein gutes Exportgeschäft setzen. Der Lagerdruck ließ weiter nach, die Produktionspläne wiesen erstmals eine leichte Steigerungstendenz auf. Eine zuversichtlichere Stimmung zeigt sich bei den Herstellern von Vorprodukten, Investitionsgütern und Gebrauchsgütern. In der ostdeutschen Industrie verbesserte sich die Stimmung im Februar wieder. Für die weitere Entwicklung wächst die Zuversicht. Aus den Produktionsplänen erkennt das Ifo-Institut zunehmen die Bereitschaft, die Fertigung auszuweiten. (Handelsblatt, 25. März 1994)

● **F.A.Z.-Indikator: Erholung auf breiter Front**

Die Erholung des F.A.Z.-Konjunkturindikators hat sich im Februar in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Mit Ausnahme des F.A.Z.-Aktienindex waren alle in den Indikator eingehenden Einzelreihen in der Tendenz deutlich aufwärts gerichtet. Damit gewinnt die konjunkturelle Erholung, die vom F.A.Z.-Indikator nunmehr bereits seit fast einem Jahr angezeigt wird, weiter an Breite. Die Chancen für eine konjunkturelle Belebung noch im Verlauf dieses Jahres haben sich weiter verbessert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 1994)

● **Autoindustrie hat Talfahrt gestoppt**

Mit 328.000 Fahrzeugen hat die deutsche Autoindustrie die Produktionszahlen vom Februar 1993 wieder erreicht. Zudem sind mehr Aufträge für Personewagen eingegangen. Die Exporte legten um sechs Prozent zu. (Neue Rhein-Zeitung, 22. März 1994)

● **OECD: Der Aufschwung gewinnt an Fahrt**

Die Konjunkturoxperten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD) halten die Rezession in den westlichen Industrieländern für überwunden. In einigen Mitgliedsländern gewinne der Wirtschaftsaufschwung „eine unerwartete Dynamik“. Die Organisation revidiere deswegen ihre Wachstumsprognose für das Jahr 1994 deutlich nach oben. Die Industrieländer könnten nun ein gemeinsames Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent erwarten. Niedrige Rohstoffpreise (vor allem Öl), niedrige Zinsen und ein überraschend starkes Wirtschaftswachstum in Amerika seien die Hauptgründe für den Konjunkturfrühling. Die Frühindikatoren zeigten, daß nach Großbritannien nun auch Kontinentaleuropa spürbar aus der Krise komme. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 1994)

● Die Baupreise verlieren an Fahrt — Anstieg im Februar unterhalb der Inflationsrate

Die Preise im Wohnungsbau sind in Deutschland im Februar 1994 deutlich langsamer gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Wohngebäude verteuerten sich in den alten Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent und in den neuen Ländern um 4,3 Prozent. Die Preise für gewerbliche Betriebsgebäude sind binnen Jahresfrist um insgesamt 1,8 Prozent im Westen und um 2,7 Prozent im Osten gestiegen. Der Straßenbau hat sich gegenüber dem Monat Februar 1993 mit 0,1 Prozent im Westen und 1,7 Prozent im Osten am wenigsten verteuert. (Die Welt, 6. April 1994)

● Deutsche Wirtschaft zeigt sich in Hannover zuversichtlich

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) ist die deutsche Wirtschaft am Ende der Rezession angelangt und kann zuversichtlich sein.

Vor allem in Ostdeutschland seien sichere Zeichen zu erkennen, daß hier die modernste Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsmannschaft Europas entsteht. Neben einem zu erwartenden „erfreulichen“ Wachstum von 8 Prozent in diesem Jahr wertete der Präsident des DIHT den nun vorwiegend investiven Einsatz der westdeutschen Transferzahlungen in den neuen Ländern positiv. Zuversicht gewinne er jedoch in erster Linie aus dem Technologie- und Innovationsschub, der in den vergangenen Monaten durch weite Teile der deutschen Wirtschaft gegangen sei. In einer „gewaltigen“ Anstrengung sei es gelungen, Produktion und Verwaltung zu straffen und Einkaufsstrategien zu optimieren. (Neue Zeit, 20. April 1994)

● Trendwende im Osten

Die ostdeutsche Wirtschaft hat nach Einschätzung mehrerer Wirtschaftsinstitute den größten Anpassungsschock überwunden und den Wendepunkt erreicht. Dieses Fazit ziehen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle und das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in einem gemeinsamen Bericht. Darin heißt es, die gestiegene Produktion und die gewachsene Investitionssumme im Osten seien Anzeichen dafür, daß „der Anpassungsprozeß spürbar vorankommt“. „Die Lage der Industrie in den neuen Bundesländern hat sich im Laufe des vergangenen Jahres erstmals gebessert“, resümieren die Institute. Auch die lange Zeit schwache Auslandsnachfrage ziehe nun an. Die Unternehmen rechneten in diesem Jahr mit einem Anstieg ihres Gesamtumsatzes um fast 20 Prozent. Die Bauinvestitionen wüchsen kräftig weiter, wobei der Wohnungsbau immer mehr zur treibenden Kraft werde. Der Produktivitätsrückstand im Osten vermindert sich. (Berliner Zeitung, 14. April 1994)

Schlagzeilen:

In Frühjahrslaune
Es geht wieder aufwärts
**Frühjahrgutachten: Der Welthandel
gewinnt in diesem Jahr an Dynamik**

Wachsender
Optimismus

**Aufschwung: Minister Blüm
sagt Arbeitnehmern „danke“**

● **Wachsende Zuversicht**

Der vorsichtige Optimismus in der deutschen Wirtschaft verfestigt sich. Rund 40 Prozent der gut 300 vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) befragten Finanzmanager rechnet innerhalb der nächsten 6 Monate mit einer wirtschaftlichen Erholung, knapp 7 Prozentpunkte mehr als im Vormonat. Gleichzeitig sank der Anteil der Pessimisten auf jetzt weniger als 3 Prozent. (Wirtschaftswoche, 4. Februar 1994)

Wirtschaftskompetenz

erfolgreich

unter Beweis gestellt

Diese Entwicklungen beweisen: Die Politik der CDU hat die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen durch das Steueränderungsgesetz 1992 und das Standortsicherungsgesetz hat die Steuerbelastung der Unternehmen auf ein international konkurrenzfähiges Niveau gesenkt. Das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vereinfacht und beschleunigt Genehmigungsverfahren. Der erfolgreiche Abschluß der GATT-

Runde war ein weiteres wichtiges Signal für die Weltwirtschaft. Durch den Abbau von Beschränkungen wird der Handel erleichtert. Dies ist ein maßgeblicher Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl. Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm und dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm hat die CDU nicht nur eine „gesunde Mischung“ von Steuern, Neuverschuldung und Sparen erreicht, sondern auch die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Voraussetzungen erheblich verbessert. Auf diesem Wege gilt es weiter voranzukommen.

Mit dem Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung hat die CDU zukunftsweisende und unverzichtbare Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir setzen damit weitere wesentliche Maßnahmen für die Sicherung des Standortes Deutschland und damit für Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen um. Eine Aufschiebung wichtiger Zukunftsmaßnahmen ist mit uns nicht zu machen. Wir werden den Standort Deutschland nicht gefährden. Nicht mit Umverteilung, sondern nur mit Zukunftsorientierung und Optimismus werden wir uns der Zukunft stellen können, um die Chancen erfolgreich zu nutzen. ■

Probleme mit der Wirklichkeit:

SPD im Tief

Der geräuschvolle Abgang des ehemaligen NRW-Verkehrsministers Christoph Zöpel aus dem Scharping-Team hinterläßt tiefe Risse in der SPD.

„Die SPD steckt in einem schweren Stimmungstief“, kommentierte der Kölner Stadt-Anzeiger (2.5.94). „Rudolf Scharping, dem man gern die Ausstrahlung eines Mathe-Lehrers zuschreibt, hat mit Zahlen und Strategie offenbar gar nicht so viel am Hut. Dazu verrechnet er sich zu oft. Nicht nur, weil er bei der Berechnung Besserverdienender Brutto und Netto durcheinanderbrachte.“ (Frankfurter Neue Presse, 2.5.94)

Große Sorge verbreitet sich in der SPD auf Grund des Stimmungsumschwungs zugunsten der Union. „Unsere Leute könnten sich von dieser Stimmung anstecken lassen“, heißt es in der SPD-Zentrale sorgenvoll. (Die Welt, 30. 4. 94) Die Strategie der SPD besteht deshalb darin, den Aufschwung wegzudiskutieren. Lafontaine versucht, der deutschen Öffentlichkeit den Unterschied zwischen einem falschen und einem „richtigen Aufschwung“ einzureden. (Die Tageszeitung, 27. 4. 94)

Genossenzwist

Unterdessen wächst die Kritik an Scharping: „Die Mitglieder sind mittlerweile im höchsten Maße irritiert, wie Rudolf Scharping versucht, die Partei auf Stromlinienkurs zu bringen“, kritisierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Reuschenbach (BZ, 2. 5. 94). Die Parteispitze versucht derweil, den Genossenzwist herun-

terzuspielen. „Daß diese Ruhe bis zum Wahltag im Oktober hält, muß bezweifelt werden. Denn diese Partei, die ist nicht so“, kommentiert die Welt (3. 5. 94). Die SPD-nahe Frankfurter Rundschau folgert: „Es wäre kein Wunder, wenn verdeckter Mißmut über den Kanzlerkandidaten und durch Parteidisziplin verhüllte Kritik an seinem Regierungsprogramm bald wieder aufbrechen. Bei den Sozialdemokraten ist das nun einmal so.“ (3. 5. 94) Die Kölnische Rundschau spricht bereits von einem „versteckten Machtkampf“ bei der SPD. „Jetzt stellt sich die Frage, wieviele Zöpels es noch bei den Genossen gibt. (. . .) Das Aufmucken Zöpels könnte durchaus als Signal zu weiteren kleinen Meutereien verstanden werden.“ (3. 5. 94)

Zerstrittenheit

Die Nerven liegen bei den Sozialdemokraten offenbar völlig blank. Anders läßt sich die scharfe innerparteiliche Auseinandersetzung bei der SPD nicht erklären. SPD-Geschäftsführer Verheugen warf Zöpel „Disziplinlosigkeit“ und „partei-schädigendes Verhalten“ vor (ddp, 2. 2. 94). Zöpel konterte, Verheugen verwende „autoritäres Denken, das früher einmal üblich“ war (Deutschlandfunk, 2. 5. 94). Noch deutlicher wurde der SPD-Abgeordnete Michael Müller: „Ich finde es ziemlich idiotisch, daß Günter Verheugen jetzt auf Christoph Zöpel eindrischt.“ (BZ, 2. 5. 94) Unterstützung bekam Müller von seinem Fraktionskollegen Reuschenbach: „Die Generalkritik des Bundesgeschäftsführers zeigt, daß eine ernsthafte Diskussion über das Regierungsprogramm offenbar nie gewollt war.“ (BZ, 2. 5. 94)

Pressestimmen: SPD im schweren Stimmungstief

Mißglückter Auftritt

Der Tagesspiegel: „Seit seinem mißglückten steuerpolitischen Auftritt vor wenigen Wochen hat der Kanzlerkandidat (Rudolf Scharping) ein gravierendes Steuerungsproblem. Der zornige Abgang Zöpels war nur noch die Initialzündung, um den schwelenden Konflikt auf offener Bühne eskalieren zu lassen. (...) Über dem Par- teitag im nächsten Monat in Halle droht sich einiges zusammenzuballen. Damit gewinnt die aktuelle Mißerfolgsspirale aus Programmstreit und Nervosität angesichts sinkender demoskopischer Quoten eine gefährliche Eigendynamik.“ Weiter schreibt der Tagesspiegel: „Mit nur wenig Böswilligkeit könnte man konstatieren, daß diese Partei, die sich selbst am Ende immer noch der liebste Gegner bleibt, nach einigen Monaten der Scharping-Euphorie offenbar dabei ist, ihren Normalzustand wiederzufinden. Eben noch siegesfroh, scheint sie in eine jener Krisen zu schlit- tern, die fast schon zu ihrem Markenzei- chen geworden sind.“ (3. 5. 94)

Unzufriedene Linke

Die Welt kommentiert: „Zöpels Abgang ist logisch, aber auch Ausdruck dafür, wie sehr es in der SPD knirscht. (...) Zöpel ist nicht der erste, der Scharping vorwirft, die SPD als Präsidialpartei zu verstehen.“ Weiter schreibt die Welt: „Wenn Zöpel die unzufriedene Linke um sich scharf, wird es eng für Scharping. Und dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange sein größter Widersacher Gerhard Schröder still hält.“ (Die Welt, 2. 5. 94)

Polternder Rücktritt

Das Handelsblatt schreibt: „Der polternde Rücktritt des stellvertretenden nordrhein-

westfälischen SPD-Vorsitzenden, Chri- stoph Zöpel, aus dem Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping hat alte, aus den Flügelkämpfen vergangene- ner Jahre stammende Wunden innerhalb der Partei wieder aufgerissen, die bisher mühsam verplastert worden waren. (...) Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Affäre Zöpel der SPD und Scharping geschadet hat. Der SPD-Chef macht es sich zu einfach, wenn er im Zusammen- hang mit dem Rücktritt Zöpels von einem „Sturm im Wasserglas“ spricht. (3. 5. 94)

Aufbrechender Streit

Ähnlich kommentiert die **Rheinische Post:** „Die Bekundungen der Loyalität, welche der SPD-Kanzlerkandidat Scharping gestern erfuhr, können nicht darüber hin- wegtäuschen, daß die einst so vertrauten SPD-Turbulenzen mit jedem Tag, der die vor kurzem noch siegesichere Partei am Wahlsieg im Oktober zweifeln läßt, wieder spürbarer werden. Der Streit (...) scheint wieder aufzubrechen.“ Weiter heißt es: „So hat Scharping einerseits die linke politische Flanke geöffnet, was den Grünen nützen wird, andererseits durch Dilettantismus das wirtschaftende Bürgertum irritiert.“ (3. 5. 94)

Doppelter Rückschlag

Der Kölner Stadt-Anzeiger kommentiert: „Der polternde Rücktritt des SPD-Ver- kehrsexperten Christoph Zöpel aus Rudolf Scharpings Schattenkabinett brachte es an den Tag: Die SPD steckt in einem schwe- ren Stimmungstief.“ (2. 5. 94)

Ähnlich kommentiert auch **Bild am Sonn- tag:** „Zöpels Rücktritt ist für den SPD- Kanzlerkandidaten gleich ein doppelter Rückschlag.“ (1. 5. 94)

Kohl-Junktin beschleunigte die Öffnung der Mauer

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei der Vereinigung Deutschlands eine wesentlich größere Rolle gespielt, als bisher bekannt ist: Der Kanzler beantwortete Anfang November 1989 ein Hilfversuchen der damaligen DDR-Führung um Bonner Milliarden-Zahlungen mit einem Junktin, das mit dazu beitrug, die Mauer zu öffnen.

Dies ergibt sich aus „WELT am SONNTAG“ vorliegenden Geheim-Dokumenten der DDR. Sie stammen aus der Zeit, als Egon Krenz von Oktober bis Dezember 1989 DDR-Staatsratsvorsitzender war. Krenz war Amtsnachfolger des am 18. Oktober gestürzten Staatschefs Erich Honecker:

Mitentscheidend für den endgültigen Zusammenbruch des kommunistischen SED-Regimes war diesen Dokumenten zufolge Kohls Härte bei der Ablehnung eines Kredits in Höhe von 15 Milliarden Mark. Entsprechende Wünsche hatte Alexander Schalck-Golodkowski — damals Wirtschaftsberater von Krenz — zuletzt am 6. November 1989 bei einem vertraulichen Treffen mit den Bonner CDU-Ministern Rudolf Seiters (Kanzleramt) und Wolfgang Schäuble (Inneres) vorgetragen.

Am 7. November ließ Helmut Kohl dem Staatsratsvorsitzenden Krenz per Telefongespräch über Kanzleramtsminister Seiters und Schalck folgendes mitteilen: Wenn die DDR materielle und finanzielle Unterstützungsleistungen der Bundesrepublik in Anspruch nehmen wolle, müsse er zuvor öffentlich erklären, daß die

DDR bereit sei, die Zulassung von oppositionellen Gruppen und die Zusage von freien Wahlen in „zu erklärenden Zeiträumen zu gewährleisten“.

Dabei sei zu beachten, so des Kanzlers damalige Mitteilung an Krenz, daß ein solcher Weg nur möglich sei, „wenn die SED auf ihren absoluten Führungsanspruch verzichtet“. Erfülle die DDR diese Bedingungen, halte er „viele für machbar und denkbar“.

Den nach der Einheit sichergestellten Dokumenten der früheren DDR-Regie-

**Von Heinz Vielain in der
„WELT am SONNTAG“
vom 1. Mai 1994**

zung zufolge hat Schalck-Golodkowski noch am gleichen Tag Krenz schriftlich über die ablehnende Haltung des Kanzlers informiert. Kohl brachte das SED-Regime damals zusätzlich noch dadurch in Bedrängnis, daß er die Forderungen der Opposition in der DDR — bei einer Massendemonstration („Wir sind das Volk“) am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz lautstark vorgetragen — aufgriff, übernahm und sie Krenz als „Forderungen der Bundesregierung“ präsentierte.

Erstmals wird vor dem Hintergrund der zitierten Dokumente jetzt auch verständlich, was den Bundeskanzler am Morgen des 8. November 1989 dazu veranlaßt hat, bei der Abgabe seines Berichts zur Lage der Nation im Bundestag der DDR

öffentlich einen neuen Forderungskatalog in Sachen Deutschlandpolitik zu präsentieren.

Kohl damals wörtlich: „Unsere Landsleute in der DDR wollen endlich selbst frei entscheiden können. Sie wollen Selbstbestimmung, und das heißt zunächst einmal: endlich frei selbst zum Ausdruck bringen können, welchen Weg sie in die Zukunft gehen wollen. Es kommt darauf an, eine demokratische Willensbildung in der DDR zu ermöglichen. Dazu gehören unbedingt Meinungs- und Pressefreiheit, freie Bildung von Vereinen, Gewerkschaftsfreiheit, Parteienpluralismus und schließlich und selbstverständlich freie, gleiche und geheime Wahlen.“

Prozeß einer Öffnung

Kohl sagte am 8. November im Bundestag weiter: „Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Prozeß einer Öffnung in der DDR zum Wohle unserer Landsleute zu unterstützen. Sie bleibt deshalb entschlossen, in ihrer bisherigen Politik der praktischen Zusammenarbeit mit der DDR im Interesse der Menschen auf beiden Seiten fortzufahren. Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bemühen wir uns um dauerhafte und weitreichende Verbesserungen für die Menschen in der DDR.“

Das Protokoll dieser Bundestagssitzung weist aus, daß aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Grünen lebhafter Widerspruch auf die Erklärung Kohls zur Lage der Nation laut wurde. So sagte die grüne Abgeordnete Antje Vollmer: „Die Rede von der Wiedervereinigung — das ist mir jetzt sehr wichtig — ist historisch überholter denn je.“

Einen Tag später, am 9. November 1989, begann das SED-Regime mit der Öffnung der Berliner Mauer.

Den der „WELT am SONNTAG“ vorliegenden Dokumenten der ehemaligen DDR-Regierung zufolge hat der Bundeskanzler schon 14 Tage vorher, am 26. Oktober 1989, anlässlich der Massenflicht von DDR-Bürgern über Ungarn gegen Westen ein Telefongespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz geführt. Krenz wies darauf hin, daß seitens der Bundesrepublik im Zusammenhang mit einem neuen DDR-Reisegesetz darüber nachgedacht werden müsse, „ob nicht zumindest einige praktische Fragen zukünftig so gehandhabt werden, daß die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR deutlicher wird“. Der Bundeskanzler reagierte mit der Feststellung, daß man in diesem Punkt prinzipiell kein gemeinsames Ergebnis erzielen könne.

Das Telefongespräch ist damals auf Veranlassung von Krenz mitgeschnitten worden. Danach hat Kohl ihm gesagt: „Herr Staatsratsvorsitzender! Ich will jetzt in dem Zusammenhang einfach mal wiederholen, was ich damals Ihrem Vorgänger Honecker gesagt habe, und das war, glaube ich, eine ganz wichtige Arbeitsgrundlage. Es gibt in unseren Beziehungen eine Reihe von Grundfragen, wo wir aus prinzipiellen Gründen nicht einig sind und nie einig werden.“ Gemeint war die Anerkennung einer zweiten Staatsbürgerschaft für die DDR.

Indirekt unterstützt

Nach Informationen von „WELT am SONNTAG“ weisen die nach der Einheit sichergestellten Dokumente auch aus, daß der damalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber der DDR-Regierung indirekt unterstützt hat. Laut Protokollaufzeichnungen über ein Gespräch mit Egon Krenz am 1. November 1989 hat Gorbatschow damals diesem gegenüber

zwar festgestellt, Kohl sei „keine intellektuelle Leuchte“, sondern ein „Kleinbürger“, der von den breiten Schichten des Volkes am besten verstanden werde. Er sei aber ein geschickter und hartnäckiger Politiker.

Über alles informiert

Wie aus den Aufzeichnungen über das Gespräch hervorgeht, hat Krenz Gorbatschow über alle Details des wirtschaftlichen Desasters der DDR, die vor der Staatspleite stand, informiert: Sinken des Wirtschaftswachstums, die Nicherfüllung des Planes, schleichende Inflation, Stützung der Mikroelektronik mit jährlich drei Milliarden Mark, Auslandsschulden in Höhe von 49 Milliarden Valuta-Mark und ein Defizit in der Bilanz konvertierbarer Devisen von 12,1 Milliarden US-Dollar zum Ende des Jahres 1989. Allein für die schon laufenden Zinszahlungen in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar müsse die DDR 62 Prozent des jährlichen, in Devisen eingehenden Export-Erlöses aufbringen.

Was die Beziehungen der Sowjetunion zur Bundesrepublik betrifft, soll sich Gorbatschow den Protokollaufzeichnungen zufolge damals bemüht haben, Krenz zu beruhigen. Die Sowjetunion strebe eine „engere partnerschaftliche Bindung mit der BRD an“; davon werde dann auch die DDR profitieren. Die Bundesrepublik sei zu einer breiteren Zusammenarbeit bereit, erwarte jedoch, daß die Sowjetunion bei der Wiedervereinigung Hilfeleistung leiste. Für die DDR sei es wichtig, ihre Beziehungen zur BRD zu erhalten und kontinuierlich weiter zu entwickeln.

Vaterschaft anerkennen

Aus den Dokumenten ergibt sich, daß Krenz damals in Moskau nach seinem Bericht über die wirtschaftliche und politische Misere in der DDR Gorbatschow erklärt hat: Die DDR sei in gewisser Weise das Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft über seine Kinder müsse man anerkennen.

Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

In Anwesenheit des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, und des Generalsekretärs des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, hat Bundeskanzler Helmut Kohl am 2. Mai die im September 1993 aufgenommene Diskussion mit einer Delegation des Europäischen Jüdischen Kongresses unter Leitung von dessen Präsidenten Jean Kahn über Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf europäischer Ebene fortgesetzt.

Der Bundeskanzler teilte der Delegation mit, daß die Bundesregierung sich

innerhalb der Europäischen Union für die Verabschiedung einer gemeinsamen Maßnahme gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen werde.

Schlüssel: Erziehung

Der Bundeskanzler und die Delegation waren sich in diesem Zusammenhang einig, daß im Rahmen einer solchen Initiative besonderes Augenmerk auf Anstrengungen in den Erziehungssystemen aller europäischen Länder gerichtet werden müßten.

Generalsekretär Peter Hintze:

Unsere Bundeswehr hat Anspruch auf Planungssicherheit

Einen ausführlichen Bericht über seine Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Bundeswehr hat Bundesverteidigungsminister Volker Rühle auf der Sitzung des Parteipräsidiums am 26. April gegeben.

Wie Generalsekretär Peter Hintze am 27. April auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus mitteilte, haben die grundsätzlichen Überlegungen Rühles breite Zustimmung gefunden.

Peter Hintze: Wir unterstützen ihn in seiner Absicht, die Bundeswehr im Blick auf ihre Aufgaben und im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Finanzen weiterzuentwickeln und sie für ihre wichtige Aufgabe der Landesverteidigung, aber auch für die Bereitschaft fähiger zu machen, in internationalen Krisenfällen — etwa im Auftrage der UNO — tätig zu werden.

Wir stellen uns dabei hinter folgende Prinzipien:

Erstens: Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die allgemeine Wehrpflicht steht für uns nicht zur Disposition.

Zweitens: Stärkung der Wehrgerechtigkeit.

Bei der Weiterentwicklung der Bundeswehr, bei der Festlegung der Truppenstärke und damit auch bei der Festlegung der Dienstzeit ist die Auswirkung auch im Bereich der Wehrgerechtigkeit zu beachten.

Drittens: Durchführung einer Strukturreform,

die die Bundeswehr auf neue Anforderungen einstellt. Stichwort: Aufstellung und Bündelung von Krisen-Reaktionskräften.

Viertens: Sicherung einer modernen Ausrüstung.

Das Präsidium hat den Bundesverteidigungsminister nachdrücklich darin unterstützt, daß die Streitkräfte in ihrem Auftrag nur dann erfolgreich sein können, wenn sie auch über eine moderne Ausrüstung verfügen. Man kann die Fähigkeit von Streitkräften, ihrem Auftrag nachzu-

Die allgemeine Wehrpflicht steht für uns nicht zur Disposition.

kommen, nicht an der Kopfzahl festmachen, sondern es ist deren Gesamtzustand und hierbei eine moderne Ausrüstung neben einer effizienten Struktur von Bedeutung.

Truppenstärke und Wehrdienstdauer müssen diesen Erfordernissen entsprechen. Die Leitlinien, die Volker Rühle vorgestellt hat, weisen in die richtige Richtung, und wir sind zuversichtlich, daß die Arbeitsgruppe, die die Koalition eingesetzt hat, schnell zu einem Ergebnis kommt.

Unsere Bundeswehr hat Anspruch auf Planungssicherheit, und wir finden es richtig und gut, daß der Bundesverteidigungsminister keine Zeit hat verstreichen lassen, sondern diese Aufgabe angegangen ist. ■

Die Pflegeversicherung ist Gesetz

Die beste Nachricht seit zwei Jahrzehnten für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und die Pflegenden: Die Pflegeversicherung kommt! Sie beginnt am 1. Januar des nächsten Jahres. Der Bundesrat hat ihr am 29. April zugestimmt, die letzte Hürde ist genommen.

Die Bundesregierung löst damit die Zusage aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers ein: Trotz großer Widerstände mächtiger Interessenverbände und einer langandauernden Blockadepolitik der SPD wird das Pflegerisiko, die letzte große Lücke in unserem Sozialstaat, endlich abgesichert.

Das sind die Leistungen:

- Ab 1. April 1995 gibt es Geldleistungen für häusliche Pflege in Höhe von 400 DM bis maximal 1.300 DM oder Sachleistungen von 750 DM bis maximal 2.800 DM. In besonderen Härtefällen können die Sachleistungen bis zu 3.750 DM monatlich betragen.
- Für stationäre Pflege werden ab 1. Juli 1996 bis zu 2.800 DM monatlich bezahlt,

Danke, Norbert Blüm!

Zur Verabschiedung der Pflegeversicherung durch den Bundesrat erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU dankt Norbert Blüm für seinen Einsatz um eine humane Absicherung des Pflegefallrisikos. Mit der heute endgültig verabschiedeten Pflegeversicherung hat Norbert Blüm Sozialgeschichte geschrieben. Pflegebedürftige und ihre helfenden Angehörigen erfahren eine wirksame Entlastung.

in besonderen Härtefällen bis zu 3.300 DM monatlich.

Mit dieser Regelung ist gewährleistet, daß viele Pflegebedürftige nicht mehr zu Sozialhilfeempfängern werden.

Auch den pflegenden

Angehörigen wird geholfen:

- Für unentgeltlich tätige häusliche Pflegekräfte übernimmt die Pflegeversicherung die Beitragszahlungen zur Renten-

Beiträge und Versicherungspflicht

Es besteht umfassende Versicherungspflicht für alle. Jeder muß sich grundsätzlich dort versichern, wo er auch krankenversichert ist.

- Der Beitrag in der gesetzlichen Pflegeversicherung beträgt ab Anfang 1995 1 Prozent vom versicherungspflichtigen Einkommen, ab Mitte 1996 1,7 Prozent, je zur Hälfte getragen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Angehörige ohne eigenes Einkommen

sind mitversichert. Das sind pro Arbeitnehmer maximal 28,50 DM bzw. 48,45 DM im Monat.

- In der privaten Pflegeversicherung darf der monatliche Beitrag diese Beträge nicht übersteigen, auch für ältere Versicherte nicht! Die privaten Pflegeversicherungen müssen, anders als die Lebensversicherungen, auch ältere Personen versichern, selbst wenn sie bereits pflegebedürftig sind.

versicherung in Höhe von 25, 50 oder 75 Prozent des durchschnittlichen Rentenbeitrags je nach Pflegestufe.

In Zukunft braucht niemand mehr auf einen Rentenanspruch zu verzichten, weil er einen Angehörigen pflegt.

Den neuen Ländern wird zusätzlich geholfen:

● Für die neuen Bundesländer werden in den nächsten acht Jahren jährlich 800 Millionen DM für Investitionen in Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt. Mit diesen 6,4 Milliarden DM zur Anschubfinanzierung ist es möglich, in kurzer Zeit die größten Mißstände in den Pflegeeinrichtungen der neuen Länder zu beseitigen.

Die Pflegeversicherung: Das Werk der CDU

Wir sind stolz auf dieses Gesetz. Die CDU hat sich wieder einmal als Motor des sozialpolitischen Fortschritts erwiesen. Wir lamentieren nicht, sondern wir handeln. Probleme werden nicht vertagt, sondern angepackt.

Alle sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte sind von der CDU ausgegangen; so jetzt auch die Pflegeversicherung. Sozialen Fortschritt gibt es also nur mit der CDU!

Der tapfere und unermüdliche Einsatz von Norbert Blüm, die klare Richtlinienentscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl und die Kampagnefähigkeit der CDA haben dafür gesorgt, daß dieser Meilenstein in der Sozialgeschichte gegen heftige Widerstände gelegt werden konnte.

Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft

SPD-Chaos perfekt

Zu den widersprüchlichen Aussagen der SPD zum Tempolimit erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dirk Fischer (Hamburg):

Das Thema Tempolimit wird innerhalb der SPD von Unklarheiten, Widersprüchen und wahltaktischen Schachzügen beherrscht. Während der SPD-Kanzlerkandidat mit dem Motto „Es wird kein Tempolimit geben“ auf Wählerstimmen spekuliert, verkündet das SPD-Präsidium — nach der herben Kritik der sozialdemokratischen Umweltexperten — doch wieder die Einführung eines Tempolimits. Unterschiedliche Angaben der Obergrenze sorgen zusätzlich für Verwirrung. Und jetzt ruft die NRW-SPD wieder „Nein“ zum Tempolimit. Das Chaos ist perfekt.

Autofahrer und Wähler müssen von einer verantwortungsbewußten Partei verlangen können, daß sie sich konsequent und geradlinig mit Kompetenz und Verständnis für eine umweltfreundliche und bürgernahe Politik bei den wichtigen Entscheidungen nicht nur in der Verkehrspolitik verbürgt. Der hohe Stellenwert der Verkehrspolitik darf nicht durch Täuschungsmanöver der SPD in Sachen Tempolimit gefährdet werden.

Die CDU/CSU-Fraktion wird es nicht zulassen, den Autofahrer nach den Vorstellungen der SPD mit immer neuen Verbots zu gängeln. Ein starres Tempolimit als Strafe für den Autofahrer nach SPD-Ideologie reduziert die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur. Die CDU/CSU-Fraktion hält situationsangepaßte, flexible Verkehrsregelungen, z. B. an Unfallschwerpunkten, Engpässen oder witterungsbedingt gefährdeten Streckenabschnitten für erheblich wirkungsvoller als ein generelles Tempolimit. ■

Deutscher Bundestag beschließt Wohnungsbauförderungsgesetz 1994

Das am 28. April verabschiedete Wohnungsbauförderungsgesetz ist der Beginn einer umfassenden Reform des sozialen Wohnungsbaus. Es wird am 1. Oktober 1994 in Kraft treten.

Die Ausgangslage: Sozial unausgewogene Belegungen

Die herkömmliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit gestoßen. Der Einsatz öffentlicher Mittel von 250.000 DM und mehr pro Wohnung ist zu teuer. Bisher benötigt der Sozialmieter nur beim Bezug der geförderten Wohnung einen Wohnberechtigungsschein. Die Bewilligungsmiete wird dann auf Dauer festgelegt. Dies führt dazu, daß die eigentlich Bedürftigen nicht von der staatlichen Förderung profitieren. Nach Erhebungen in einigen Städten sind bis zu 50 Prozent dieser Wohnungen fehlbelegt. Sie werden von Mietern bewohnt, deren Einkommen wesentlich über den Bemessungsgrenzen liegen. Die Fehlbelegungsabgabe korrigiert dies nur zum Teil. Dadurch ist die herkömmliche Förderung sozial unausgewogen.

Die Neuregelung: Individuelle Förderung

Das jetzt verabschiedete Gesetz eröffnet den Ländern die Möglichkeit, die Förderung von der teuren Kostenmiete auf eine einkommensorientierte Förderung umzustellen. Diese richtet sich auf die Bedürftigkeit des einzelnen aus. Künftig kann es eine Grundförderung geben, die sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientiert. Mit ihr werden Belegungsbindungen und die gegebenenfalls bestehende Diffe-

renz zwischen festzulegender Miete und Marktmiete abgegolten. Eine Zusatzförderung soll je nach Einkommenssituation des Mieters Härten sozial abfedern. Sie wird in regelmäßigen Zeitabständen überprüft, an die aktuelle Einkommenssituation sowie an die Miethöhe angepaßt. Diese direkte Abhängigkeit der Förderung von der Entwicklung des Mietereinkommens wird ebenfalls zu einer Redu-

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

zierung des Subventionseinsatzes pro Wohnung führen: Mit gleichem Geld kann mehr gebaut werden. Damit gewinnen wir auch den nötigen Handlungsspielraum für die Anhebung der Einkommensgrenzen um rund 30 Prozent. Dann zählen etwa 40 Prozent aller Haushalte — anstatt bisher 32 Prozent — zum Begünstigtenkreis: Auch eine Facharbeiterfamilie, ein Polizist oder eine Krankenschwester können wieder eine Sozialwohnung erhalten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat erreicht, daß sich die Wohnungsbauförderung künftig stärker als bisher an der individuellen Bedürftigkeit des einzelnen orientiert. Die öffentlichen Gelder werden effektiver genutzt, so daß mehr preiswerter Wohnraum zur Verfügung stehen wird. Es liegt nun an den Bundesländern, diese vom Bund eröffneten Möglichkeiten auch tatsächlich zu nutzen.

Weitere BAföG-Verbesserungen bereits für 1994 beschlossen

Das Bundeskabinett hat auf seiner Sitzung am 26. April 1994 beschlossen, bereits im Herbst diesen Jahres und noch einmal im Herbst 1995 die BAföG-Freibeträge um jeweils 2 Prozent anzuheben. Damit werden mehr Studenten ein Recht auf BAföG erhalten, und es wird die Entstehung eines neuen „Mittelstandslochs“ vermieden werden.

Von der Grenzziehung, wie hoch das Nettoeinkommen der Eltern sein darf, ist es abhängig, wieviele Studenten BAföG erhalten. Die vorgesehene Anhebung der Elternfreibeträge bedeutet, daß Kinder von Eltern mittlerer Einkommen, die sonst aus der Förderung herausgefallen wären, ihren Förderungsanspruch behalten. Mit dem Kabinettsbeschluß hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, die Ausbildungsförderung auch auf die Familien mittlerer Einkommensbereiche auszuweiten.

Durch die Erhöhung der Freibeträge steigt bei einer Familie mit einem förderungsberechtigten Kind die Grenze des Nettoeinkommens, bis zu dem volle BAföG-Förderung geleistet wird, von derzeit 2.060 DM auf 2.105 DM und im Jahre 1995 auf 2.150 DM. Bei einer 4-köpfigen Familie mit einem 15-jährigen Schüler und einem studierenden Kind beträgt diese Grenze ab Herbst 1994 2.760 DM und ab 1995 sogar 2.820 DM.

Mit der Einbringung des 17. BAföG-Änderungsgesetzes sind weitere Verbesserungen in der Ausbildungsförderung vorgesehen. Nachdem bereits 1993 die Studienabschlußförderung bis zum Herbst 1996 verlängert wurde, bringt die vorgesehene Novelle den Studierenden für 1994

und für die Folgejahre weitere finanzielle Verbesserungen.

So werden die Sozialpauschalen angehoben, um damit dem Anstieg der Beitragsätze und der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung zum Jahre 1994 Rechnung zu tragen. Für Studierende, die nach einer beruflichen Ausbildung zum Studium gekommen sind, wird die Altersgrenze angehoben. Hierdurch wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um den Hochschulzugang für Berufstätige im Wege einer finanziellen Förderung zu ermöglichen.

Weiterhin erfolgt eine Verbesserung der Freibeträge für Alleinerziehende, indem

Ziel ist, die Ausbildungsförderung auch auf die Familien mittlerer Einkommensbereiche auszuweiten.

die Möglichkeit zur Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten geschaffen wird. Hierdurch wird gerade deren schwere Situation bei der Darlehnsrückzahlung berücksichtigt.

Der BAföG-Höchstbetrag beträgt bei Studierenden, die nicht bei ihren Eltern wohnen, gegenwärtig 940 DM. In den neuen Bundesländern können aufgrund der geringeren Mieten bis zu 855 DM gezahlt werden. Derzeit erhalten durchschnittlich rd. 410.000 Studenten und 130.000 Schüler Förderung nach dem Bundesausbildungsgesetz.

Anfang 1995 wird die Bundesregierung prüfen, ob zum Herbst 1995 eine weitere Anhebung der Bedarfssätze finanziell vertretbar ist. ■

Beschäftigungslage Jugendlicher entwickelt sich positiv

Anlässlich eines Gesprächs des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Horst Günther, erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Kersten Wetzel, in Bonn:

Spürbar besser entwickelt sich die Beschäftigungssituation von jungen Menschen in der Bundesrepublik. Noch vor wenigen Wochen wurde ein deutlicher Anstieg der Zahlen arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren vorhergesagt, nach denen etwa jeder 6. Auszubildende am Ende seiner Lehre arbeitslos werden sollte. Das war jedoch Schwarzmalerei. Nach den jetzt vorliegenden Fakten können auch in diesem Jahr weit mehr Auszubildende in eine Beschäftigung überführt werden, als noch zu Jahresbeginn propheszeit.

Dieser Erfolg ist sicherlich zum einen auf die flexible Handhabung dieses Problems durch das Bundesarbeitsministerium und die Arbeitsämter zurückzuführen. Zum anderen hat zum guten Ergebnis auch die

verantwortungsvolle Tarifpolitik beigetragen, die ich ausdrücklich loben möchte. Zieht man einen Vergleich mit Frankreich, wo heute knapp 24 Prozent aller Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos sind, so ist die Situation in Deutschland mit weniger als 8 Prozent Arbeitslosen unter 25 Jahren zwar wesentlich besser, aber damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Größere Anstrengungen, gerade auch in den neuen Bundesländern, sind nötig, um die Arbeitslosenzahlen weiter zu senken.

Wahlkampf-Argumente



Die Möglichkeiten der Beschäftigung und Weiterbildung über das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und auch der Kopplung von Teilzeitarbeit/Weiterbildung für arbeitslose Jugendliche müssen intensiver genutzt werden.

Zahl der Aussiedler weiter zurückgegangen

Vom 1. bis zum 30. April 1994 wurden 15.980 deutsche Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland registriert, 515 weniger als im März 1994.

Die Zahl der Antragsteller für einen Aufnahmebescheid ist in den vergangenen 4 Monaten dieses Jahres gegenüber den Vergleichsmonaten des Vor-

jahres weiter zurückgegangen. Sie erreicht etwa 78 Prozent des Vergleichszeitraumes.

Horst Waffenschmidt, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung: Der Zuzug von Spätaussiedlern vollzieht sich auch weiterhin in den vom Bundesvertriebenengesetz gesteckten Grenzen.

Beratungsstellen für Alleinerziehende in den neuen Bundesländern gefördert

Der Situation von Alleinerziehenden in Berlin und in den neuen Bundesländern will das Bundesfamilienministerium mit einem neuen Modellprogramm Rechnung tragen.

In Beratungs- und Kontaktstellen, die jetzt in Berlin und Halle (Sachsen-Anhalt) eröffnet wurden, können alleinerziehende Mütter und Väter unbürokratische, umfassende und individuelle Auskunft erhalten sowie mit Eltern in ähnlicher Lebenslage Erfahrungen austauschen. Die beiden Modellstandorte werden drei Jahre lang mit insgesamt 1,8 Millionen DM gefördert. Träger der

nen Leistungen für Familien eine Reihe von materiellen Hilfen für alleinerziehende Eltern gibt, hervorzuheben sind hier zum Beispiel der Unterhaltsvoranschuß und steuerliche Vergünstigungen. „Materielle Unterstützung ist wichtig und muß weiter ausgebaut werden, aber dies allein reicht nicht immer aus“, erklärte die Ministerin. „Situationsgerechte Beratung, die auch auf Erziehungsfragen eingeht, kann vielen Ein-Eltern-Familien zusätzlich Entlastung geben und dazu beitragen, Probleme zu bewältigen.“

Gleichzeitig bietet ein Kontaktangebot für Eltern und Kinder die Gelegenheit

Träger: Das Deutsche Rote Kreuz

Einrichtungen ist das Deutsche Rote Kreuz.

Während 1992 im früheren Bundesgebiet 14,2 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern (1.858.000) alleinerziehend waren, lag der Anteil der Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern mit 22,1 Prozent (682.000) wesentlich höher. Die meisten der alleinerziehenden Eltern, rund 85 Prozent, sind Frauen. Viele dieser Mütter in den neuen Bundesländern sind von ihrem Partner im Zuge der Wiedervereinigung mit ihren Kindern zurückgelassen worden. Die ohnehin oft schwierige Situation Alleinerziehender ist für sie noch härter.

Bundesfamilienministerin Rönsch wies darauf hin, daß es neben den allgemei-

zu Erfahrungsaustausch, gemeinsamen Aktivitäten und Selbsthilfe-Initiativen. Dazu sind unter anderem Elterncafés, Spielgruppen für Eltern und Kinder, Elternseminare, Gesprächskreise zu aktuellen Themen und gemeinsame Ausflüge geplant.

Die Anschriften der Modellstandorte:

- **DRK-Beratungs- und Kontaktstelle für Alleinerziehende**
Luisenstraße 45
10117 Berlin-Mitte
Telefon (030) 2826830.
- **DRK-Beratungs- und Kontaktstelle für Alleinerziehende**
Am Bruchsee 8
06122 Halle/Salle
Telefon (034) 640143.

1. Erfinderkongreß der Mittelstandsvereinigung

Klaus E. Bregger: Die Ressourcen liegen in unseren Köpfen

Ein voller Erfolg war der 1. Erfinderkongreß, den die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) am 29. und 30. April im Konrad-Adenauer-Haus veranstaltete.

Rund 200 Teilnehmer beklagten den Mangel an Eigenkapital, der Erfinder an der Umsetzung ihrer Erfindungen hindere. Teilnehmer und Referenten, darunter Bundesforschungsminister Paul Krüger, der MIT-Bundesvorsitzende Klaus E. Bregger und der Präsident des Deutschen Patentamtes, Prof. Erich Häußler, sprachen sich für die Einführung eines deutschen Erfinderpreises aus.

Neue Gründerzeit

MIT-Bundesvorsitzender Klaus E. Bregger forderte eine „Renaissance“ des Forschungs- und Erfindungsstandortes Deutschland. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, muß wieder ein Land der Denker und Erfinder werden. „Wir brauchen eine neue Gründerzeit.“

Vor hundert Jahren oder aber nach dem Zweiten Weltkrieg seien deutsche Unternehmensgründer auch Erfinder gewesen. Robert Bosch, Gottlieb Daimler oder aber Carl Benz seien nur wenige Beispiele dafür. Artur Fischer, ein gelernter Schlosser, habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbständig gemacht, eine Marktlücke entdeckt und Stahl- und Kunststoffdübel entwickelt, die mit Widerhaken sperren, die heute weltberühmten Fischer-Dübel. Diese wenigen Beispiele zeigten bereits, daß Erfinder für Phantasie, Ideen und Arbeitsplätze ständen.

Bruchstelle schließen

Bei der Umsetzung von Erfindungen in Arbeitsplätze allerdings sei in den vergangenen Jahren eine Bruchstelle entstanden. Diese Bruchstelle müsse endlich wieder geschlossen werden. Schließlich setzten Erfinder auf Leistung und nicht auf Versorgungsgedenken. „Wir müssen wieder auf individuelle Leistung setzen, wenn wir am Weltmarkt bestehen wollen. Die Ressourcen liegen in unseren Köpfen und nicht in hochsubventionierten industriellen Kernen“, so Klaus E. Bregger.

Unterstützt von Bundesforschungsminister Paul Krüger, forderte Bregger, die Patentgebühren für selbständige Erfinder und mittelständische Unternehmer um 50 Prozent zu senken. „Eine Erhöhung der Patentgebühren um 20 Prozent, wie sie Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt angekündigt hat, käme der Besteuerung der Muttermilch gleich“, so der Sprecher des Union-Wirtschaftsflügels. Erfindungen seien die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum. Ausdrücklich begrüßte Bregger, daß Bundeskanzler Helmut Kohl die Gebührenerhöhung gestoppt hat.

Mehr Eigenkapital

Bregger forderte zudem die Bereitstellung von Eigenkapital für Erfinder, beispielsweise in der Form von Risikokapital, und einen Abbau von Regulierungsmaßnahmen. Die Bundesregierung müsse ihre Forschungspolitik immer wieder auf Praxisnähe überprüfen. Eine Fülle von Vorschriften dürfe nicht länger die schnelle Zulassung von Produkten erschweren.

Auf offene Ohren stieß Bregger mit seinen Forderungen bei Minister Paul Krüger. Der kündigte an, Erfinder intensiver als bisher zu unterstützen. Unter anderem sollten Datenbanken verstärkt aufgebaut und genutzt werden. Zu häufig investierten Erfinder Zeit und Geld in ein Patent, das bereits entwickelt sei.

Ausgebaut werden müsse die Fort- und Weiterbildung für Erfinder an Universitäten und Fachhochschulen. In Deutschland mangle es an einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Erfindern und der Wirtschaft und zwischen den einzelnen Forschungsbereichen.

Innovationsfreudiger Mittelstand

70 Prozent aller Patente wurden im vergangenen Jahr von selbständigen Erfindern oder Mittelständlern angemeldet. Krüger würdigte die kleinen und mittleren Unternehmen als prägend für das Innovationsgeschehen. Insgesamt sei die Förderung des BMFT für kleine und mittlere Unternehmen zwischen 1982 und 1992 von 340 Millionen auf 580 Millionen jährlich angewachsen. Krüger kündigte an, daß die Förderung mittelfristig auf 600 Millionen ansteigen solle. Ferner denke die Bundesregierung an eine breitenwirksame, steuerliche Förderung von FuE, die insbesondere dem Mittelstand zugute kommen soll. Zusätzlich sollten Regulierungsmaßnahmen weiter ausgebaut werden.

Prof. Erich Häußler, als Präsident des Deutschen Patentamtes mit den Sorgen der Erfinder vertraut, sprach sich ebenfalls gegen eine Erhöhung der Patentgebühren aus. Die Politiker forderte er auf, sich häufiger mit Erfindern in der Öffentlichkeit zu zeigen und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse auch in politischen Gremien zur Kenntnis zu nehmen.

Mehr Unterstützung

Es sei beschämend, wenn die öffentliche Hand und Sponsoren aus der Wirtschaft Hunderte von Millionen für die Unterstützung von Sportlern bereitstellten, die technisch-kreativen Erfinder aber von jeder Unterstützung ausgenommen seien, schlimmer noch, durch Gebührenerhöhungen bestraft würden.

Die deutschen Manager forderte er auf, unbefangener neue technische und naturwissenschaftliche Ergebnisse zu beurteilen und mehr unternehmerische Risikobereitschaft bei der Umsetzung dieser Ergebnisse in neue Produkte und so in neue Arbeitsplätze zu zeigen.

Horst Zobel, Gründer von L.E.U, dem Lotsendienst für Erfinder und Umwelttechnik, übernimmt „Patenschaften“ für Erfinder. Er vermittelt Erfinder an potentielle Partner in der Wirtschaft. Er betrat auf dem Kongreß ebenso von seinen Erfahrungen wie der Münchner Patentanwalt Paul Alexander Wacker.

Engagierte Diskussion

In der auf hohem Niveau geführten Diskussion mit den Referenten beklagten die rund 200 Erfinder, die zum Kongreß gekommen waren, vor allem ihren Mangel an Eigenkapital und die Widerstände, die sie in Behörden und in der Großindustrie zu überwinden hätten. Viele Erfinder fühlen sich von der Politik und den Behörden nicht ernstgenommen.

Wie sehr sie unterschätzt werden, konnten die Erfinder auf einer Ausstellung beweisen. Mehr als 30 Erfindungen wurden vorgestellt, zum Beispiel eine Vakuumtoilette, ein vollautomatischer Spargelschäler, eine freischwebende Wendeltreppe oder ein Kipp-Tretroller.

Deutlich wurde auf dem 1. Erfinderkongreß jedenfalls, daß es den deutschen Erfindern nicht an Ideen, Risikobereitschaft und Ausdauer mangelt. ■

168 Millionen Frauen sind mehr als die Hälfte aller Bürger in Europa

Zur Auftaktveranstaltung des Europa-Wahlkampfes am 7. Mai 1994 in Aachen präsentiert „Frau & Politik“ in ihrer neuen Ausgabe eine Fülle von Informationen zum Schwerpunktthema. 168 Millionen Frauen leben in der Europäischen Union. Sie bilden mehr als die Hälfte der Bürger. Aber viel zu selten wird in der deutschen Öffentlichkeit das Stichwort „Frauenpolitik“ im Zusammenhang mit der Europäischen Union erwähnt. Viel zu wenig wird bewußt, was für Frauen bereits durchgesetzt wurde. Unterschiedlich sind die Ausgangslagen von Frauen in den einzelnen Ländern. Deshalb kann auch nicht nach dem Prinzip von Einheitslösungen verfahren werden.

- Informieren Sie sich über Frauenpolitik in Europa!
- Informieren Sie sich über Argumente, die für Europa sprechen!

- Widerlegen Sie Vorurteile durch größeres Wissen!

„Frau & Politik“

Nr. 2/1994:

Schwerpunktthema

„Europa“

- Vor allem aber: Stimmen sie für mehr Gleichgewicht!

„Frau & Politik“ ist zu beziehen bei:

Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
53113 Bonn
Telefon (0228) 5443 14
Fax (0228) 5445 86

Bei Bestellungen von mehr als 50 Werberexemplaren wird ein Betrag von 1 DM pro Stück erhoben.

Zum Anbeißen

Mit „festfleischigen mittelgroßen“ Äpfeln aus Sachsen-Anhalt, keinem teuren Präsent, sondern mit etwas Originellem hat die CDU am 30. April in Magdeburg ihren Europawahlkampf eröffnet.

Bis zum Wahltermin am 12. Juni sollen aber nicht nur 50.000 Äpfel unters Volk gebracht werden. Die Früchte aus dem Anbaugbiet Schochwitz bei Halle und anderen Anbaugebieten der neuen Bundesländer sind nur ein Mittel zum Anknüpfen der Gespräche und zur Werbung um Sympathie.

Auf den Märkten und in den Fußgängerzonen wollen wir, so Albert Alten, Mitarbeiter in der CDU-Landesgeschäftsstelle, mit 50.000 Menschen ins Gespräch kommen und mit ihnen über ihre Sorgen und Nöte sprechen.

Gespräche mit Bürgern

Auch Landesgeschäftsführer Bernd Reisener, der zusammen mit dem Europakandidaten Horst Schnellhardt gekommen war, bezeichnete die Aktion als Beitrag zu einem Wahlkampf ohne Materialschlachten, der das Gespräch mit den Bürgern in den Vordergrund rückt.

Telefon-Canvassing einmal anders

Seniorenachmittag mit dem Kanzler am Telefon

„Glauben Sie mir, Ihre Rente ist sicher.“ Für diesen Satz erhielt der Bundeskanzler am 25. April in der Ilmenauer Festhalle (Thüringen) großen Beifall.

Das Besondere seiner Versicherung war, daß sie nicht in Ilmenau gesprochen wurde, sondern direkt aus dem Bonner Kanzleramt kam, von wo Helmut Kohl mit Claudia Nolte telefonierte.

Nach Ilmenau hatte die CDU-Abgeordnete die Senioren ihres Bundestagswahlkreises eingeladen, und rund 500 Senioren kamen und erfreuten sich an einem umfangreichen Unterhaltungsprogramm mit Politikeinlagen.

Dieses „gemütliche Zusammensein mit Kaffee und Kuchen“ dauerte vier Stunden und war angereichert durch die Moderation von Frau Nolte und einer kleinen Talk-Runde mit Kommunal- und Landespolitikern der CDU Thüringen.

Höhepunkt dieses „großen Seniorenachmittages für die ältere Generation aus Südthüringen“ war der Telefonanruf von Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieses Telefongespräch zwischen dem Bundeskanzler und Frau Nolte wurde über Laut-

sprecher im Saal für alle mithörbar zugeschaltet.

Dabei betonte der Bundeskanzler, daß die CDU sich auch weiter für die Senioren ins Zeug legen werde.

Damals, so erinnerte er sich, wollte man ihn beim Aushandeln des Einheitsvertrages davon abbringen, die Rentenanpassung voranzutreiben. Aber er sei hartgeblieben. Und er fügte hinzu: „Die Rente ist sicher.“ Das gab eine Menge Beifall im Saal. Die Senioren applaudierten ebenfalls kräftig, als der Kanzler Frau Nolte als eine „hervorragende Abgeordnete“ lobte.

Eine erfolgreiche Veranstaltung war dieser Seniorenachmittag in Ilmenau. Frau Nolte hatte den politischen Schwerpunkt mit Bundeskanzler Helmut Kohl, mit Sozialminister Pietzsch und dem Thema Rente richtig gesetzt, wie auch die Reaktion des Publikums zeigte. Auch in der Presse fand ihre Aktion einhellige Zustimmung: „Ohne Frage, die 28jährige Claudia Nolte hatte eine blendende Idee. Und wenn gestern in der Ilmenauer Festhalle Wahlen gewesen wären . . .“ (Freies Wort).

Wahlkampftelefon

Ab dem 9. Mai bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Wahlkämpfern der Partei sowie interessierten Wählerinnen und Wählern einen Service besonderer Art: das Wahlkampftelefon.

Fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-

Hauses stehen als Ansprechpartner für Anregungen und Anfragen zur Verfügung.

Das Wahlkampftelefon mit der

Telefonnummer
(02 28) 5 44-2 40

ist von Montag bis Freitag von 8.30 Uhr bis 20 Uhr besetzt, danach läuft ein Anrufbeantworter.



Helmut Kohl
ist heute der stärkste Mann in Europa



Die Parteien in der neuen Europaverordnung
Das heißt!

Zusammenarbeit
mitgen. Gewinne und
Hilfsleistungen - eine
neue Qualität

Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa

Europa heißt Frieden für Deutschland
Die Bewahrung von Frieden und Freiheit ist der Kern europäischer Einigungspolitik. Helmut Kohl und die CDU sagen: Nie wieder Krieg!
Aber auch heute wird wieder gegenseitig, gegenseitig geliebt und respektiert, in Spanien und Griechenland.
Gerade deshalb ist es in unseren Zeiten wichtig, Partner und Freunde zu haben. Die Europäische Union ist eine starke Gemeinschaft.

Schutz vor Gewalt
Die CDU will Gewalt und Kriminalität energig bekämpfen. Deshalb brauchen wir einen starken Staat in einer starken Europäischen Union. Nationale Grenzen können uns nicht mehr vor der international verzwungen, organisierten Bandenkriminalität schützen.
Sicherheit im ausgehenden 20. Jahrhundert muß intelligenter organisiert werden. Der Computer ist leistungsfähiger als der Schießbaum!
Eine wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist das Europäische Kriminell "Forum" mit seinen europäischen Fahndungsmitteln.

Zwei deutsche Staatsmänner haben Europa auf den Weg gebracht: Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Was nach zwei Weltkriegen, in denen sich die Völker des alten Kontinents selbstverderblich zerfleischt, unendlich schön, ist gelungen: Franzosen und Deutsche, Engländer und Spanier, Niederländer und Italiener arbeiten in der Europäischen Union freundschaftlich zusammen.

Europa schafft Wachstum und Arbeit
Die Weltwirtschaft steht in einer Krise. Daran ist auch Europa beteiligt. Arbeitsplätze werden abgebaut. Unternehmen geschlossen. Sozialleistungen gekürzt. Hoch zum Jahre des Aufstiegs ist auch Deutschland betroffen. Dennoch: Ohne Europa würden wir schneller die Dauen. Ein Drittel unserer Arbeitsplätze hängt vom Export ab und mehr als die Hälfte davon vom Export in die Europäischen Union. Ohne das starke Handeln in Europa wäre Deutschland ein armes Land. Und Europa läßt keine Währungsaußen in den jungen Bundesländern. 34 Milliarden Mark. bis 1999!

Europa: Helmut Kohls historische Leistung
Bundeskanzler Helmut Kohl ist heute der führende Staatmann Europas. An seiner Seite stehen die Bundesminister in Rolfen lassen auf Helmut Kohl, Deutschland und Europa brauchen den Staatmann Helmut Kohl. Neben der deutschen Einheit ist die Einigung Europas sein historisches Werk. Ohne ihn wäre weder der Vertrag über die Europäische Union zustande gekommen noch die Einigung über das neue Weltwährungsabkommen GATT und nicht zuletzt die Entscheidung für Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank, Deutschland und Europa brauchen Helmut Kohl.



SICHER IN DIE ZUKUNFT



● **Europa:** Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa
Bestell-Nr: 1815

● **Senioren** — Generationen haben unseren Wohlstand aufgebaut. Wir sichern Ihren Lebensabend
Bestell-Nr: 1816

● **Standort Deutschland** — Nur Helmut Kohl und die CDU schaffen den neuen Aufschwung im Herzen Europas.
Bestell-Nr: 1817

● **Wahlrecht für ausländische EU-Bürger in Deutschland**
Bestell-Nr: 1841

Verpackungseinheit jeweils 500 Stück
Preis je 500 Expl.: 38,- DM

Argu-Karten zu weiteren Themen

- 2878 Standort Deutschland Chancen nutzen — Zukunft gestalten
- 2879 Finanzpolitik
- 2880 Aufschwung Ost — Die Wirtschaft im Osten hat Tritt gefaßt
- 2881 Deregulierung und Privatisierung
- 2882 Förderung des Mittelstandes — Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft
- 2883 Forschung und Innovation
- 2884 Umwelt und Arbeit
- 2885 Flexibilisierung der Arbeitszeit
- 2886 Arbeitsmarktpolitik
- 2887 Neue Beschäftigungsfelder — Wachstum sichert Arbeitsplätze
- 2888 Frauen am Arbeitsmarkt
- 2889 Jugend am Arbeitsmarkt
- 2890 Ehrenamt stärken — Für mehr Anerkennung von Selbsthilfe, Ehrenamt und ehrenamtlichen Diensten
- 2891 Arbeitnehmer in Europa
- 2892 Ausbildung und Qualifikation
- 2893 Ladenschluß
- 2894 Landwirtschaft

Verpackungseinheit jeweils: 100 Expl., Preis je 100 Expl.: 10,- DM

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

EUROPÄISCHE UNION

GEMEINSAM STARK

Für die CDU steht Währungspolitik Wohlstand und u zung, daß Europax

Schon heute sind direkt vom Hand hängig. 1992 füh DM in diese Länd EU-Länder dopp die übrige Welt.

Wirtsc

Am 1. Januar 1993 größte Markt der Welt, der Europäi markt, mit 340 Mi brauchern - ein hi Datum. Bis dahin b Grenzkontrollen, l Handelshemmnisse schranken einen w schwing der euro Wirtschaft. Der W Hindernisse führt : siveren Arbeitstei Wettbewerb und geren Produktions durch zunehmend

LANDWIRTSCHAFT

Die deutsche Landwirtschaft muss Zukunft haben

Wir sichern den Agrarstandort Deutschland in Europa

Die CDU will in D stungsfähige unc geht im Herzen E sche Union.

Neuc

Die Mitte 1992 be EU-Agrarreform is Basis für eine zuku te Landwirtschaft. zip der gemeinsan politik, die Sichert kommens der Lanc garantierte Preise in einer Situation, schüsse auf den M ten, immer schlech Agrarsubventione gen Milliardenbeti daß zuletzt die Pr werden konnten. S ohne Ausgleich.

Umorientierung dt Agrarreform heiß rekte Ausgleichs für freiwillige Pr beschränkungen. konnte damit ihr P

Argu-Karten zur Europawahl

EUROPAWAHL

Mitstimmen und Mitbestimmen

- 6 Gute Gründe, Europa zu wählen -

Am 12. Juni 1994 wählen wir zum 4.Mal das Europäische Parlament. 255 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind aufgerufen, ihre 567 Abgeordneten aus 12 Staaten, davon 99 aus Deutschland, zu wählen.

Diese Wahlen werden entscheidend sein, denn es gilt europaweit, die radikalen Kräfte aus dem Parlament fernzuhalten und die gewachsene Verantwortung unserer Abgeordneten auf eine solide demokratische Grundlage zu stellen.

Auch Ihre Stimme zählt!

6 Gründe, warum Ihre Stimme wichtig ist:

★ Europa sichert deutsche Arbeitsplätze

Seit dem 1. Januar 1993 leben wir im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt, der gerade uns Deutschen viele neue Möglichkeiten eröffnet hat. Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen auf Exporte angewiesen. Mehr als die Hälfte unserer Exporte gehen an die Mitgliedstaaten der EU, und mehr als 70% in den Europäischen Wirtschaftsraum! Seit unsere Produkte zollfrei in fast alle Länder Europas gelangen,

sind dadurch Millionen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen worden.

★ Das Europäische Parlament hat mehr Rechte, als Sie ahnen

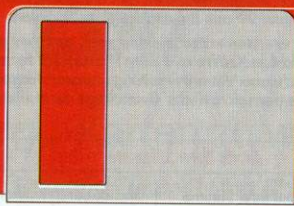
Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament erhalten durch den Vertrag über die Europäische Union umfangreiche Entscheidungsbefugnisse. So haben Sie das letzte Wort, wenn es um den EU-Beitritt weiterer europäischer Staaten geht. Zusammen mit dem Ministerrat stimmen Sie über den Haushalt ab, kontrollieren die Ausgaben und entscheiden über

- 2865 Mitstimmen und Mitbestimmen
- 10 Gute Gründe, Europa zu wählen
- 2866 Für ein soziales Europa
- 2868 Europäische Gesundheitspolitik
- 2869 Die Europäische Union — Partner der neuen Bundesländer
- 2870 Mit Europa gegen Kriminalität und Asylmißbrauch
- 2871 Umwelt und Europa — Natürliche Lebensgrundlagen bewahren
- 2872 Europäische Union — Gemeinsam stark
- 2901 Argumente gegen die SPD-Europapolitik

- 2873 Die deutsche Landwirtschaft muß Zukunft haben — Wir sichern den Agrarstandort Deutschland in Europa
- 2874 Frieden und Sicherheit durch gemeinsame Stärke
- 2875 Falsche Behauptungen über Europa

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Datenbank Politik



Infos und Argumente zur Politik der CDU



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

„Datenbank-Politik“, Computer-Diskette

Als erste Partei Deutschlands bietet die CDU Informationen und Argumente auf Computer-Disketten an. Anhand einer übersichtlichen Bedieneroberfläche erhalten Sie somit die Möglichkeit, die verschiedenen Themen der CDU-Politik nach Stichworten sortiert aufzurufen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, zu jedem Thema gezielt weitere Unterthemen aufzurufen. Die Systemvoraussetzungen für dieses Programm sind ein IBM-kompatibler Rechner ab 386-Prozessor aufwärts, ein 3,5-Zoll-Laufwerk sowie Windows 3.1.

Bestell-Nr. 9903

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 15,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164, 33759 Versmold

Fax (054 23) 4 15 21

UiD

15/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.